

Beratung von Salafismus-Betroffenen bleibt

Kitab wird um zwei Jahre verlängert / Bundesamt will das Projekt personell nicht aufstocken

VON ANKE LANDWEHR

Bremen. Das bis Ende dieses Jahres befristete Kitab-Beratungsprojekt in Sachen radikaler Islamismus wird wahrscheinlich um zwei Jahre verlängert, aber personell nicht aufgestockt. Das habe das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mündlich mitgeteilt, heißt es in der Antwort des Senats auf eine Anfrage der Linken-Bürgerschaftsfraktion. Die fragt in zwölf Punkten nach präventiven Strategien „gegen dschihadistische Rekrutierungsversuche“.

Kitab (arabisch: Das Buch) ist derzeit mit zwei Halbtagskräften besetzt, die für Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zuständig sind. Sie beraten Angehörige und Freunde junger Menschen, die in den extremen Islamismus und insbesondere in die radikale Salafistenszene abgedriftet sind oder abzudriften drohen. Auch sind sie Ansprechpartner für Lehrer, Sozialpädagogen und überhaupt alle, die sich Sorgen um möglicherweise Betroffene machen. Diese wiederum können sich eben-

falls an die Berater wenden, wenn sie Rekrutierungsversuchen ausgesetzt sind oder aussteigen wollen.

Wie aus der Antwort des Senats hervorgeht, hat Kitab seit 2012 in rund 85 Fällen beraten. Mit der jetzigen Personalstärke sei eine qualitativ zufriedenstellende Arbeit nicht zu leisten. Schon die Fahrten im Zuständigkeitsgebiet nähmen viel Zeit in Anspruch, stellt der Senat fest und erklärt, dass er die Kitab-Arbeit für wichtig hält. Ob es möglich sei, das Projekt des Bundes aus Bremer Haushaltsmitteln personell aufzustocken, „kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorausgesagt werden“.

Auf die Frage nach einem präventiven Handlungskonzept für sich radikalisierende Kinder und Jugendliche wird auf eine ressortübergreifende Lenkungsgruppe verwiesen. Darin sind Schule, Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Senatskanzlei vertreten. Die Gruppe habe eine Expertenrunde gebeten, ein Programm für den Umgang mit menschenrechts- und demokratiefeindlichem Verhalten von Jugendlichen in Schulen zu erarbeiten. Inzwischen sei ein Eckpunktepapier vorgelegt worden.

Es solle in der Innen-, der Sozial- und der Bildungsdeputation beraten werden.

Weiter schreibt der Senat, dass in den Schulen in den zurückliegenden zwei Jahren eine Reihe von Veranstaltungen zu „Islamismus und Salafismus als Herausforderung in der Schule“ durchgeführt worden sei. Auch habe es Fachtage zu dem Themenbereich gegeben.

Die Frage nach einem Handlungsleitfaden für das Amt für Soziale Dienste zur Erkennung von Radikalisierungstendenzen bei Kindern und Jugendlichen verneint der Senat. Doch sollten die Mitarbeiter „in nächster Zukunft“ für die Problematik sensibilisiert und auf Beratungsmöglichkeiten hingewiesen werden.

Die salafistische Szene Bremens wird vom Senat als „sehr heterogen“ eingeschätzt. Rekrutierungsversuche etwa durch IS-Anhänger seien nicht bekannt. Das gelte auch für die Vorstände „Islamisches Kulturzentrum Bremen“ und „Kultur- und Familienverein“ (KFU). Aus dem KFU-Umfeld seien 2014 allerdings 13 Personen, darunter fünf Frauen, zum Teil mit Kindern nach Syrien ausgewandert.